

28. Oktober 1918 Die Tschechoslowakei wird in Prag gegründet.

24. Oktober 1945 Nach Ratifizierung der am 26. Juni 1945 unterzeichneten Charta der Vereinten Nationen durch die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (UdSSR, USA, England, Frankreich und China) sowie der meisten der unterzeichnenden Staaten tritt diese in Kraft.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

18. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

16. Oktober 2012

Bernd Riexingers nicht gehaltene Rede

Der Vorsitzende der Linkspartei war am Dienstag bei den Protesten Zehntausender in Athen mit dabei. Anders als geplant konnte Bernd Riexinger jedoch nicht zu den Massen sprechen – die Demonstrationen waren verboten worden. Was der Gewerkschafter aus Stuttgart den Kollegen aus Griechenland sagen wollte:

Wir haben unseren Tag mit dem Besuch in einem Athener Kinderkrankenhaus begonnen. Der Chef unserer griechischen Freunde von Syriza, Alexis Tsipras, hat Frau Merkel aufgefordert, dasselbe zu tun. Und vielleicht hätte sie der Aufforderung nachkommen sollen. Dann hätte sie gesehen, was ich gesehen habe: ein gut organisiertes Kinderkrankenhaus, in dem Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, Ärztinnen und Ärzte und das Verwaltungspersonal hochmotiviert für das Wohl ihrer kleinen Patientinnen und Patienten sorgen. Und das, obwohl ihr Lohn um 40 Prozent gekürzt wurde, obwohl auf 800 ausgeschiedene Beschäftigte gerade mal acht Neueinstellungen kamen, obwohl immer mehr Menschen in den Notaufnahmen stranden, obwohl das Geld für alles, auch für die notwendigsten Medikamente fehlt, obwohl die Zahl der

Pfleger so dezimiert ist, dass sie die Sicherheit der Kinder nicht mehr als gewährleistet ansehen. Merkel hätte dann einen Kinderpsychologen getroffen, der von gehäuften Selbstmordversuchen unter Kindern und Jugendlichen berichtet. Und sie hätte vor allem gesehen, dass in Griechenland fleißige und kompetente Leute im Gesundheitswesen arbeiten, die keine organisatorische Nachhilfe aus Deutschland brauchen, sondern eine Lösung für ihr zentrales Problem: die existenzbedrohende Unterfinanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Wer das Gesundheitswesen kaputt kürzt, darf sich nicht wundern, wenn die Menschen krank werden. Ich habe heute das Programm in Athen absolviert, das Merkel hätte absolvieren sollen. Ich nehme ihr nicht ab, dass ihr Herz blutet, wenn sie die Leiden der Menschen in Griechenland sieht. Ich frage mich jeden Tag mehr, wo sie ihr Herz eigentlich gelassen hat.

Merkel hat sich stattdessen hinter vielen Reihen von Polizisten und Barrieren mit einer Handvoll Beamten, Ministern und Managern getroffen. Ich finde, es wäre richtig gewesen, wenn sie sich den verzweifelten Menschen gestellt hätte:

den Eltern, die nicht mehr wissen, wie sie für ihre Kinder sorgen sollen, den Rentnern, die nicht mehr ihre Stromrechnungen bezahlen sollen, den Jugendlichen, die aus lauter Verzweiflung über fehlende Jobs und Perspektiven ihrer Wut freien Lauf lassen. Merkel hat all das heute nicht gesehen, weil sie es nicht sehen wollte.

Ich bin heute dort, wo Frau Merkel sein sollte, auf dem Athener Syntagma-Platz. Ich bin hier, um ein Zeichen der Verständigung zu setzen. Merkel und ihre Freunde – die Banker, die Spekulanten, die Großaktionäre, die Millionäre und Milliardäre Europas – ihnen allen wäre es das liebste, wenn die Arbeitnehmer und Rentner Europas sich entlang der nationalen Grenzen spalten lassen würden. Meine Botschaft ist eine andere: Solidarität. Es muss in Zukunft selbstverständlich sein, dass Alexis Tsipras in Hamburg auf einer Demonstration für mehr Gerechtigkeit redet und ich in Athen mit Euch gegen die brutalen Kürzungspolitik der Troika protestiere. Es muss solange selbstverständlich werden, bis wir mehr Gerechtigkeit in Europa und ein Ende der zerstörerischen Austeritätsprogramme erreicht haben.

Fortsetzung auf Seite -2-

Bernd Riexingers...

Fortsetzung von Seite -1-

Es muss selbstverständlich werden, damit wir all das miteinander erreichen.

Ich sage es immer wieder: Wir sollten alle miteinander mehr Protest in Europa wagen. Merkel und ihre Freunde, Papandreou und Samaras gehören dazu, lasst Euch nicht täuschen - die haben den Karren in den Dreck gefahren, die haben unser Geld im europäischen Bankensumpf versenkt. Jetzt müssen wir miteinander einen Weg aus dem Schlamassel finden. Ich bin sicher, wir werden ihn finden, und wir werden ihn gehen, zusammen!

Quelle: neues Deutschland,
10. Oktober 2012

Riexingers Kritiker haben Europa nicht verstanden

Zu den Äußerungen von Politikern der Regierungskoalition anlässlich des Besuchs des Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, in Griechenland erklärt der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn:

Wer davon ausgeht, dass man als deutscher Politiker nur in Deutschland europäische Politik kritisieren darf, der hat Europa nicht verstanden. Wirkliche Europäische Integration ist ohne eine Europäisierung politischer Debatten nicht denkbar.

Merkel beherrscht die Krisen-Politik in Europa und spart mit Kürzungsprogrammen Griechenland und andere Länder immer weiter in die Rezession - und gefährdet damit den europäischen Zusammenhalt. Das zu kritisieren ist nicht nur opportun, sondern die Pflicht jedes überzeugten Europäers.



kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e. V.

Veranstaltungsreihe zur Kommunalpolitik

Liebe kommunalpolitisch Interessierte,

ab 25. Oktober führen wir monatlich eine thematische Veranstaltung durch. Insbesondere denken wir an diejenigen, die darüber nachdenken, zu den Kommunalwahlen 2014 zu kandidieren. Deshalb haben wir Themen zusammengestellt, die uns Rüstzeug sowohl während des Wahlkampfes als auch unserer späteren ehrenamtlichen Tätigkeit nützlich sein werden. Selbstverständlich können weitere Themen bei Bedarf ergänzt werden.

Zuersten Treffen wird uns Gerald Grünert, MdL und Vorsitzender des kommunalpolitischen forums, die Rechte und Pflichten eines kommunalen Mandats laut Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt erläutern und unsere Fragen beantworten.

Ort: Halle (Saale), Blumenstr. 16

Zeit: donnerstags, 18 – 20 Uhr

Weitere Themen werden sein:

- * Rechte und Pflichten in Beteiligungsgesellschaften
- * Satzungsrecht
- * Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
- * Verwaltungsmodernisierung
- * Kommunale Kulturpolitik
- * Sozial- und Gesundheitspolitik in der Kommune
- * Kinder-, Jugend- und Sportpolitik
- * kommunale Bildungspolitik
- * Öffentliche Sicherheit
- * Gleichstellungspolitik

Für diese Themen konnten wir erfahrene KommunalpolitikerInnen sowie Landtagsabgeordnete gewinnen.

Selbstverständlich freuen wir uns, wenn auch derzeitige KommunalpolitikerInnen kommen.

Freundliche Grüße
Marion Krischok
stellv. Vorsitzende

Aktuelle Debatte zum Verfassungsschutz:

Welche Verbindungen hatte der „Nationalsozialistischer Untergrund“ nach Sachsen-Anhalt?

Die Debatte um die Arbeit des Verfassungsschutzes in Verbindung mit der Aufklärung der Verbrechen des NSU ist nun auch in Sachsen-Anhalt angekommen. Grundlegend geht es dabei um die Frage, welchen Auftrag Verfassungsschutzbehörden in der Demokratie haben und wie sie ihm gerecht geworden sind oder eben nicht. Und letztlich stellt nicht nur DIE LINKE in Deutschland die Frage, ob unsere Gesellschaft, unsere Demokratie überhaupt eine Behörde Verfassungsschutz benötigt.

Immer deutlicher wird, dass die Behörden, dass letztlich der demokratische Staat versagt hat in der Erledigung der Aufgabe, Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger vor braunem Terror zu schützen. Es geht um die Frage, ob die Dienste nichts wussten oder ob sie ihr Wissen wegen verantwortungsloser Schlampereien nicht nutzen konnten oder aus anderen Gründen bewusst nicht nutzen wollten. Es geht damit auch um von der Verfassungsschutzbehörde geführte V-Leute, um deren Auswahl, deren Finanzierung und damit ggf. auch Finanzierung rechtsextremer Strukturen. Es geht auch um das Infragestellen des von Geheimdiensten gelebten Grundsatzes „Quellenschutz vor Strafverfolgung“, denn dieser Grundsatz gefährdet Menschenleben! Die Lage ist zwischenzeitlich so ernst, dass nur noch durch die uneingeschränkte, die schonungslose und entschlossene Aufklärung durch die Parlamente auf Landes- und Bundesebene versucht werden kann, Vertrauen wiederherzustellen. Und: Parlamente müssen die Ursachen des Versagens

des Staates im Kampf gegen den braunen Terror rückhaltlos aufklären, um etwa als Gesetzgeber oder als Inhaber der Budgethoheit oder eben als Kontrolleure der Landesregierung UNSERER Verantwortung gerecht zu werden. Für einige stellen die Anstrengungen von Abgeordneten, Licht in dieses diffuse Agieren der Sicherheitsbehörden, die eigentliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. (Siehe Veröffentlichungen in der Volksstimme, u.a. Zitate des Innenministers Stahlknecht hierzu) Nach deren Logik müssten die LINKEN nur ihre Mitwirkung an den Kontrollgremien des Bundes und Sachsen-Anhalts einstellen, müssten Kontrollkommissionen und Untersuchungsausschüsse vielleicht ganz abgeschafft werden, und alles wäre gut. Das alles sind Nebelkerzen, die von den eigentlichen Problemen ablenken sollen. Tatsache ist, dass Nazis über 13 Jahre hinweg Menschen ermorden konnten. Dies geschah unter den Augen der Geheimdienste. Bzw. sie haben es wahrgenommen, aber nicht verhindert und nicht beendet. Stattdessen wurden die Täter von Medien, Polizei, Behörden und Politik reflexartig und in der Bedienung gängiger Stigma und Ressentiments im sogenannten migrantischen Milieu, Mafiastrukturen etc. vermutet. Es sind Verbrechen, die uns nachhaltig erschüttert haben und gerade aufgrund unseres historischen Erbes auch international Erschütterung verursacht haben. Die von der Bundeskanzlerin den Opfern versprochene Aufklärung ist zwingend erforderlich und lässt keinen Ermessensspielraum zu. DIE LINKE ver-

langt deshalb die sofortige, vollständige und vor allem öffentliche Aufklärung - das heißt: außerhalb der „verschlossenen Räume der PKK“ - über alle Beziehungen von gewaltbereiten Neonazis aus Sachsen-Anhalt zum Thüringer Heimatschutz und zu Mitgliedern des NSU. Deshalb bleibt die Fraktion DIE LINKE bei ihrer Forderung, alle Akten, die über die Verbindung der NSU-Mitglieder nach Sachsen-Anhalt Auskunft geben, dem Innenausschuss des Landtages vorzulegen. Es geht um die Klärung der Frage, wie weit in den Staat hinein die Mitverantwortung für den NSU-Terror reicht. Wir brauchen dringend andere Antworten auf den rechtsextremen Ungeist in unserer Gesellschaft. Parlamentarische Kontrollgremien können dieses grundsätzliche Problem nicht lösen. Denn es ist letztendlich im System angelegt, dass Parlamenten die Kontrolle eines nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes im Sinne von Grundrechtsschutz und Demokratie weitestgehend nicht möglich ist. Nach wie vor fordert DIE LINKE daher die Abschaffung der Verfassungsschutzämter. Wir brauchen keine V-Leute. Wir brauchen keine Überwachung des Fernmelde- und Postverkehrs und immer wieder gewünscht des Internets. Information und Dokumentation der rechtsextremen Szene geht auch auf andere Weise; ist auf wissenschaftlicher Basis möglich und sollte vor allem zum Ziel haben, Handlungsempfehlungen für politische Verantwortungsträger gegen rechtsextremen Zeitgeist zu entwickeln.

Eva von Angern
Rechtspolitische Sprecherin

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Petra Sitte

**Keine Panikmache bei
Internetnutzung**

„Das Internet und insbesondere die sozialen Netzwerke sind für viele Menschen reale Kommunikationsräume mit all ihren Chancen und Risiken. Das Internet ist dabei genauso gut oder schlecht als Droge geeignet wie ein Telefon oder ein Fernseher. Die Drogenbeauftragten sind gut beraten, mit der gesellschaftlichen Realität des Internets sensibel umzugehen“, so Petra Sitte, technologiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Mitglied der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“, zur heutigen Jahrestagung der Drogenbeauftragten mit dem Thema „Computer- und Internetspielsucht“. Petra Sitte weiter:

„Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung stützt sich mit ihrer Sorge um Internetsüchtige auf die bisher einzige repräsentative Studie zu diesem Thema. Darin wird aber das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer beim Spielen von Computerspielen mit dem Aufenthalt in sozialen Netzwerken gleichgesetzt. Dennoch kommt ein vergleichsweise niedriger Anteil sogenannter Süchtiger heraus.

Verglichen mit der durchschnittlichen Fernsehnutzung oder gar dem Konsum stofflicher Drogen wie Alkohol scheint die Suche nach Internetsüchtigen selbst bei einer sehr weiten Auslegung des Suchtbildes nur zu relativ wenigen Gefährdeten führen.

Es ist richtig, den Betroffenen Hilfsangebote zu machen. Mediensucht einseitig auf ein bestimmtes Medium zu verkürzen, hilft den Betroffenen jedoch nicht. Das Internet

muss als größter Kommunikationsraum der Gegenwart differenziert betrachtet werden.“

Heike Hänsel

DIE LINKE gratuliert Präsident Chávez

„DIE LINKE gratuliert dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez zu seiner überzeugenden Wiederwahl.

Der Verlauf des Wahltages und die hohe Wahlbeteiligung zeigen, dass in Venezuela demokratische Verhältnisse herrschen“, erklärt die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Heike Hänsel. Hänsel weiter:

„Die vielfältigen Versuche der Medien in Venezuela wie im Ausland, Präsident Chávez als Diktator zu verunglimpfen und einen möglichen Wahlbetrug herbeizureden, sind gescheitert.

Trotz massiver Unterstützung der Opposition aus dem Ausland, auch durch parteinahe politische Stif-

tungen in Deutschland, konnte Hugo Chávez mit 54,42 Prozent deutlich mehr Wähler und Wählerinnen mobilisieren als sein Kontrahent mit 44,97 Prozent. Die Bevölkerung hat ihre breite Unterstützung für den sozialen Wandel, der unter der Regierung Chavez eingeleitet wurde, zum Ausdruck gebracht.

DIE LINKE begleitet diesen Prozess, der bereits zu einem deutlichen Rückgang der Armut und einem besseren Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für die früher marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Venezuela geführt hat, mit viel Sympathie.

Die Ansätze einer regionalen Integration in Südamerika, wie ALBA, haben auf internationaler Ebene neue Perspektiven des solidarischen Handels und der Stärkung von Süd-Süd-Kooperationen eröffnet, die beispielgebend für andere Regionen und fortschrittliche Kräfte weltweit sind.“

Der Basisverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE

lädt alle Interessierten zur öffentlichen Veranstaltung

mit **Dr. Angelika Klein**

(stellv. Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion)

zum Thema

„Finanzsystem, Finanzkrise und die öffentlichen Haushalte“

für Montag, den 29. Oktober 2012, 16.30 Uhr

in die Blumenstraße 16 (Versammlungsraum) in Halle herzlich ein.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tändig
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
11.10.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 25.10.2012

„agieren statt reagieren“

Unlängst hatte die Kreisseniorenvertretung des Saalekreises eingeladen, um unter dem Thema „agieren statt reagieren“ mit politisch Verantwortlichen zu diskutieren. Ein voll besetzter Saal ließ auf viel Interesse schließen.

Demografischer Wandel vollzieht sich im Alltag längst sehr konkret. Menschen in Stadt und Land wollen in Würde altern. Selbstbestimmt und selbstbewusst versuchen Menschen ihr Leben lang zu entscheiden. Warum sollte man diesen Anspruch im Alter aufgeben? Es handelt sich dabei um Menschenrechte! Und für viele Ostdeutsche gehört Selbstbehauptung vor und nach der Wende zu einem zentralen Erfahrungswert. Politik sollte also alles unternehmen, dass man im letzten Lebensdrittel nicht vom Subjekt zum Objekt mutiert. Und das war ganz offensichtlich auch der Anspruch der anwesenden engagierten SeniorInnen.

Während der Bundestagsabgeordnete und Ostbeauftragte der Bundesregierung, Herr Dr. Bergner, vor allem zu rechtfertigen suchte, weshalb die Ost- immer noch nicht Westrenten angepasst wurden, wollten die TeilnehmerInnen eher über Grundzüge eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts sprechen. Ich teile diesen Ansatz, sofern er integrativ angelegt ist, ausdrücklich.

Grundlage moderner und (wie man heute so schön sagt) nachhaltigen bzw. nachwirkenden SeniorInnenpolitik muss die Vielfalt individueller Lebensentwürfe älterer Menschen sein. Vor diesem Hintergrund ist der Paradigmenwechsel von der traditionellen Altenhilfe-

politik zu seniorenpolitischen Gesamtkonzepten von zentraler Bedeutung. Wir haben die aktiven Potentiale und Ressourcen älterer Menschen wie auch Hilfe- und Unterstützungsbedürftigkeit miteinander zu verbinden.

DIE LINKE fordert daher seit längerem, dass Innovationen nicht nur technik- und technologiebezogen gedacht werden, sondern dass sie als Soziale Innovationen zu konzipieren sind.

AltersexpertInnen erwarten eine selbstbewusstere, eine gesellschaftlich, kulturell und politisch aktive ältere Generation. Ich durfte sie auf dem Forum gerade erleben.

Damit verbinden sich Bildungsansprüche ebenso wie Mobilitätsansprüche.

In der kommunalen wie regionalen Planung geht es dann eben um Wege-, Straßen- und Verkehrsgestaltung; um Angebote und Taktung des öffentlichen Personennahverkehrs wie dessen Preisgestaltung. Rufbusse, ehrenamtliche Bürgerbusse, Vereins- oder Gemeindefahrzeuge, Mitnahmeverkehr und nicht zuletzt Carsharing könnten ebenso zu größerer Mobilität beitragen. Mit einer Gehhilfe (respektlos im „Jugendjargon“ auch >Seniorenforschung< genannt) oder im Rollstuhl muss man sich ohne zusätzliche Barrieren durch den Ort oder die Stadt bewegen können. Kleine historisierende Pflasterungen sind dann nett anzusehen, tragen aber eher zu Verunsicherung in der Fortbewegung bei.

Wohnen zu Hause setzt insbesondere in ländlichen Gebieten erreich-

Fraktion DIE LINKE:

Neue Chancen für kommunalen Finanzausgleich

Das Landesverfassungsgericht urteilte heute, dass eine pauschale Ausrechnung des Bevölkerungsrückgangs bei der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs verfassungswidrig ist. Dazu bemerkt der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Swen Knöchel:

„DIE LINKE hat die sich bereits bei Anwendung des gesunden Menschenverstandes ergebende Logik, dass weniger Einwohner nicht zwangsläufig zu weniger Ausgaben führen, im September 2012 in ihrem Änderungsantrag zum Finanzausgleichsgesetz dargestellt.

Wenn Landesregierung und Koalition nun dem Antrag der LINKEN folgen, wird das neue Finanzausgleichsgesetz mehr, als nur ein Schritt in die richtige Richtung sein.“

bare und erschwingliche Versorgungsangebote und Dienstleistungen voraus. Wir müssen damit rechnen, dass die Zahl von Singlehaushalten stark anwächst und dass ältere Menschen zu unkonventionellen Wohnformen ihrer Jugendzeit zurückfinden.

Informations-, Beratungs- und allgemeine Kommunikationsbedürfnisse sind wichtige Grundlage lebendiger gesellschaftlicher Teilhabe bzw. bürgerschaftlichen Engagements. Denkbar für die Umsetzung sind Nachbarschaftshilfen, Engagementbörsen oder auch ehrenamtliche HelferInnenkreise ebenso wie Begegnungszentren, erreichbare internetbasierte Medi-

en, konkrete speziell aktivierende Bildungs-, Sport- und Kulturangebote.

Und natürlich muss man Kenntnis von Pflegebedarfen haben. Ist es Angehörigen möglich, zu betreuen und zu pflegen? Falls das nicht mehr gelingt, muss abgeschätzt werden, ob die örtlichen Strukturen hinreichend sind, den SeniorInnen ein Wohnen in den eigenen vier Wänden zu sichern. Private Pflegevorsorge stellt Manchen vor erhebliche soziale Belastungen. Vor dem Hintergrund der absehbar wachsenden Altersarmut werden öffentliche Kooperations- und Vernetzungsstrukturen an Bedeutung gewinnen. Letztlich besteht ein aktuell ein erheblicher Mangel an Hospiz- und Palliativversorgung.

Der Saalekreis geht nun den interessanten Weg, Bedürfnisse über eine Fragebogenaktion zu erfassen. Ich bin ziemlich neugierig, was dabei herauskommt.

2012 ist das europäische Jahr des aktiven Alterns. Da hat sich nun auch die Bundesregierung nicht lumpen lassen und eine „Forschungsagenda für den demografischen Wandel – Das Alter hat Zukunft“ aufgelegt.

Abgesehen davon, dass demografischer Wandel vom Anfang bis zum Ende des Lebens zu denken ist, hat man sich dabei vor allem auf Teilhabe im Sinne von Mobilität und Kommunikation konzentriert. Als ob das nicht schon eine höchst fragwürdige Beschränkung wäre, will man sich vorrangig technischen Lösungsansätzen widmen.

Von 415 Millionen Euro insgesamt über einen Zeitraum von fünf Jahren fließen allein 360 Millionen in Technologieentwicklungen.

Was muss man sich darunter vorstellen?

Hightech-Hilfen bei der Fortbewegung, Navigationsgeräte, Assistenzsysteme im Auto, Routenplanungssysteme, Kommunikationstechnologien für die Auslandsreise, Personenerkennung in der eigenen Wohnung und technische Erinnerungshilfen bis zu Überwachungstechnik sollen entwickelt werden. Das alles mag ja ein selbstbestimmtes Leben unterstützen. Aber wenn man in dieser Forschungsagenda tatsächlich davon ausgeht, dass diese Technik alltags-tauglich und bezahlbar werden soll, zugeschnitten auf ganz individuelle Ansprüche der NutzerInnen, so fehlt doch etwas ganz Entscheidendes, nämlich die dafür nötigen sozialen Voraussetzungen sowohl mit Blick auf die Einkommens- bzw. Rentensituation als mit Blick auf das gesellschaftliche Umfeld, in welchem wir älter werden.

Menschen brauchen Menschen. Wir wollen Zuwendung, Liebe, Begleitung, das tägliche Gespräch und Vertrauen. Das wird ein Pflegeassistenzsystem nicht bieten können, auch wenn es Arbeitserleich-

terung für Pflegende bringen kann. Heute schon leben unter uns 1,2 Millionen Menschen mit verschiedenen Formen von Demenz. Bis 2050 werden es wohl 2 Millionen sein. Eine gigantische gesellschaftliche Herausforderung. Diese Menschen werden mit der schicken Technik noch weniger anfangen können. Es gilt viel eher Lebensmodelle zu entwickeln, die Menschen zusammenführen, die Bedürftige in jeder Altersphase integriert. Diskriminierung erleben Menschen in vielfältigsten Zusammenhängen.

Spiegele ich nun diesen Ansatz der Bundesregierung vor den Bedürfnissen beispielsweise des Saalekreises oder von Halle, dann befürchte ich, hier wird Technologieförderung als Wirtschafts- aber nicht als konkrete und praktikable Lebenshilfe aufgelegt. Ein Argument mehr dafür, weshalb wir den Begriff Innovation viel weiter fassen und von Sozialen Innovationen sprechen. Der gesellschaftliche Kontext kann eben nicht ausgeblendet werden!

Petra Sitte



TERMINÄNDERUNG PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 19. Oktober 2012

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: gegen 18.00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6 sowie Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 €. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Viertertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.

**** Der Anfang ist gemacht ****

Liebe Freundinnen und Freunde echter Umfairteilung,

über 40.000 Menschen gingen am letzten Samstag in 40 Städten auf die Straßen und forderten „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“. Auch wenn wir uns an einigen Orten noch etwas mehr Menschen gewünscht hätten, ist es uns gelungen, ein starkes Zeichen zu setzen: Das Thema Umverteilung von oben zugunsten des Gemeinwesens ist jetzt dran! Viele begeisterte TeilnehmerInnen und ein breites Medienecho sind Ergebnisse unseres Aktionstags. Der 29.9. ist ein Auftakt, an den wir anknüpfen wollen. Wir lassen nicht locker, bis wir tatsächlich eine Besteuerung des Reichtums durchgesetzt haben.

Doch damit wir mit Schwung weiter machen können, müssen wir erst noch ein großes Problem überwinden. In unserer Kasse klafft noch ein Loch von um die 30.000 Euro! Viele gedruckte Materialien und ihr Versand, große Bühnen samt Technik in den fünf „Hauptstädten“, die ganze Vorbereitung der Aktionen und unsere Protestaktionen in den letzten Wochen haben uns über Hunderttausend Euro gekostet. Die Trägerorganisationen des Bündnisses bringen einen großen Teil der Kosten auf. Aber ohne zusätzliche Spenden geht es nicht.

Daher bitten wir Sie um die Teilnahme an einer „kleinen Umverteilung“: Können Sie uns mit einer Spende unterstützen?

Spenden Sie für Umfairteilen - auch kleine Beträge helfen... <http://umfairteilen.de/start/spenden/>

Mit herzlichen Grüßen,

für den Trägerkreis „Umfairteilen“

Gwendolyn Stilling, Jutta Sundermann, Ralf Krämer

P.S.: Jede Spende von 10, 20 oder 30 Euro trägt dazu bei, das Finanzloch zu schließen – und unsere Weiterarbeit zu ermöglichen! Sie können die Spende gerne auch direkt auf unser Konto überweisen:

Inhaber: Attac Trägerverein e. V.
Konto: 600 772 6102
BLZ: 43060967 (GLS-Bank)
Spendenzweck: umfairteilen

Alle eingehenden Spenden werden von Attac an „Umfairteilen“ weitergeleitet und ausschließlich für die Aktionen des Bündnisses verwendet. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

In Hamburg schlossen die Demonstrierenden eine Menschenkette um die Innenstadt und reichten „Geldsäcke“ durch die Reihen bis zum Ort der Abschlusskundgebung.

In Köln, Frankfurt und Bochum übersetzen Gebärdendolmetscherinnen Reden und Lieder für Gehörlose, für Menschen mit Sehschwäche wurden sie zusätzlich auf einer Leinwand übertragen.

Konstantin Wecker sang Kämpferisches, die Kabarettisten HG Butzko und Wilfried Schmickler brachten bitterböse Betrachtungen zum Thema Verteilung auf die Bühne.

Viele weitere KünstlerInnen wirkten am Aktionstag mit.

„Umfairteilen!“ - mit Hilfe von fünfzehntausend „Klatschpappen“ zeigten die Teilnehmenden der Demonstrationen, weshalb sie auf die Straße gehen. Laut – und entschlossen.